

Vedran Džihic

Serbien: Demokratie am Abgrund

Es muss schon etwas heißen, wenn eine Abgeordnete des Europäischen Parlaments, die 20 Jahre lang weltweit Wahlen beobachtet hat, klar und deutlich sagt, dass sie so etwas wie bei den Wahlen in Serbien vom 17. Dezember 2023 noch nie gesehen hat. „Diese Wahlen wurden manipuliert, sie wurden gestohlen,“ sagte die deutsche Grüne Viola von Cramon unmissverständlich.

Die Puzzlestücke dieser zur Farce gewordenen Wahl in einem Kandidatenland für die Mitgliedschaft in der EU sind schnell aufgezählt und lassen einen den Kopf schütteln. Bei den Parlamentswahlen und den Wahlen für die Lokalverwaltung in Dutzenden serbischen Städten dominierte ausgerechnet eine Person den Wahlkampf, die laut serbischer Verfassung die Interessen und Anliegen *aller* Serb:innen zu repräsentieren hat – der serbische Präsident Aleksandar Vučić. Dieser bestimmte die gesamte mediale und öffentliche Debatte wie kaum jemals zuvor – an 43 Tagen zählte man 41 abendfüllende Fernsehauftritte des Präsidenten, ohne dass er sich ein einziges Mal der offenen Debatte mit seinen oppositionellen Kontrahenten gestellt hätte. Und die Liste der Serbischen Fortschrittspartei (SNS) trat mit dem Namen des Präsidenten an: „Aleksandar Vučić – Serbien darf nicht stehen bleiben“, lautete deren Slogan. Laut einer Meinungsumfrage der Belgrader NGO CRTA, die den Wahlkampf intensiv analysierte und den Wahltag beobachtete, glaubten 60 Prozent der Serb:innen denn auch, dass Aleksandar Vučić einer der zur Wahl stehenden Kandidaten war. Ein Viertel der Serb:innen war sogar überzeugt,

dass es sich bei den Wahlen um Präsidentschaftswahlen handelte.

Im Vorfeld der Wahl hatte das Regime zudem rund 400 Mio. Euro an Steuergeldern an etwa drei Millionen Serb:innen verteilt, darunter einmalige Zahlungen von je 100 Euro an alle jungen Menschen unter 18 Jahren, finanzielle Geschenke an Rentner:innen sowie auch direkte Auszahlungen an all jene, die ihr Kreuzchen an der „richtigen“ Stelle setzten. Man darf hier nicht ausblenden, dass die SNS gemessen an der Bevölkerungsanzahl eine der größten politischen Parteien weltweit ist. Sie zählt fast 750 000 bis 800 000 Mitglieder, was mehr als zehn Prozent der Bevölkerung ausmacht. Damit ist sie eine riesige Maschine, über die Arbeitsplätze verteilt werden und der Zugang zu materiellen Gütern und Ressourcen systematisch gesteuert wird.

Im unmittelbaren Vorfeld der Wahl wurde zudem fleißig an den Wählerregistern manipuliert. Wie die unabhängigen Berichte der serbischen NGOs belegen, fanden sich auf den Wähler:innenlisten nicht selten Dutzende Menschen unter einer einzigen Adresse, oft einer kleinen Belgrader Wohnungen mit nicht mehr als 50 Quadratmetern. Den Höhepunkt der Wahlmanipulation bildeten wohl die Busse voller Wähler:innen aus dem serbisch dominierten Teil von Bosnien und Herzegowina, der Republika Srpska, die ausgehend vom „Verteilerzentrum“ in der größten Veranstaltungshalle in Belgrad, der berühmten „Arena“, von der SNS zu „ihren“ jeweiligen Bezirken und Wahllokalen chauffiert wurden, um dort für die SNS zu stimmen.

Kurzum – die Wahlen in Serbien waren weder fair noch frei, sie waren ei-

ne Farce. Was aber lernen wir aus diesem Ausmaß an Manipulationen, aus dem offensichtlichen Wahlbetrug und der Unverschämtheit, mit der das Regime im Nachhinein den Wahlsieg der SNS rechtfertigt? Was sagen uns diese „saubersten und ehrlichsten Wahlen“ in Serbien bislang, so Aleksandar Vučić wortwörtlich nach dem Urnengang, über die Tiefe des Abgrunds, in dem sich die Demokratie in Serbien befindet?

Eines erklärt den Aufwand, aber auch das Risiko, welches das Regime mit diesem hohen Ausmaß an offensichtlicher Wahlmanipulation und Wahlbetrug auf sich nahm, sehr gut – es ist die deutlich gestiegene Angst und Nervosität von Vučić und der SNS, dass Kritik und Widerstand gegen das Regime zunehmend stärker und vielleicht irgendwann unkontrollierbar werden könnten.

Nach zwei Amokläufen im Mai 2023 und vor allem nach der Erschießung von acht Kindern durch einen 13-jährigen Mitschüler in einer Belgrader Grundschule sind Menschen spontan aus Wut, Zorn und Verbitterung auf die Straßen gegangen. Die Botschaft war klar: Wir stemmen uns gegen die Gewalt in der Gesellschaft, die von der autoritären Schaltzentrale der Macht rund um Präsident Vučić erzeugt und genährt wird. Die größten Straßenproteste in Serbien seit dem Sturz von Slobodan Milosevic im Jahr 2000 waren ein emotionaler Weckruf: „Das hätte auch meinem Kind passieren können,“ war sich eine breite Front einig. Auf die Straßen gingen Junge und Alte, Schüler:innen und Studierende, Arbeiter:innen und Universitätsangehörige sowie Rentner, darunter sicher auch solche, die früher einmal die SNS gewählt hatten. Es war das erste Mal in vielen Jahren, dass die Proteste „gegen die Gewalt“ eine gemeinsame oppositionelle Front aus links-grünen bis Mitte-Parteien haben entstehen lassen, die selbst unter diesen unfairen und unfreien Bedingungen mit 23 Prozent

der Stimmen ein beachtenswertes Ergebnis erzielen konnte.

Die Angst vor einem möglichen Machtverlust, vor allem in der Hauptstadt Belgrad, motivierte das Regime zum systematisch angelegten und implementierten Wahlbetrug, frei nach dem Motto – alles darf passieren, aber unsere Macht muss unangetastet bleiben. So hatte letztlich die Opposition nie eine echte Chance.

Ein neuer Autoritarismus

Mit dem jüngsten Wahlbetrug in Serbien ist deutlich geworden, dass wir es hier mit einem neuen, unverschämten Autoritarismus zu tun haben, der sich zunehmend von den Werten, Normen und Verfahren der liberalen Weltordnung und von jeglichem demokratischen Konsens verabschiedet und mit beiden Augen in Richtung der globalen autoritären Alternativen schießt.

Dieses autoritäre Gefüge in Serbien muss als ein allumfassendes gesellschaftliches – politisches und soziales Phänomen – betrachtet werden, das sich aus großen institutionellen und parainstitutionellen Strategien und Taktiken und zugleich aus einer Fülle von Mikropraktiken der Kontrolle, der Betrugs, der Angst und der Einschüchterung zusammensetzt. Seit einem Jahrzehnt kultivieren das Regime und seine medialen Abstumpfungs-, Verdummungs- und Angstmaschinen vor allem Ängste und Misstrauen. Viele Serbi:nnen haben zudem einen aus dem Geist des kleinen Opportunismus stammenden vorausseilenden Gehorsam verinnerlicht – man will dem großen Chef Vučić und all den kleinen lokalen Chefs der Serbischen Fortschrittspartei gefallen, um an einen Arbeitsplatz zu kommen und Privilegien zu genießen.

Über all dem thront der serbische Präsident Vučić – alles im Blick, alles kontrollierend, obsessiv mit sich selbst und der eigenen Macht beschäftigt.

Starke Ähnlichkeiten mit vielen anderen Despoten der Gegenwart – mit den Orbáns, Erdogans oder Trumps dieser Welt – sind unverkennbar. Sie alle treten mit einem absoluten Machtanspruch an, der stark messianische Züge aufweist und stets sich selbst und die eigene Rolle überhöht. Vučić genießt es am meisten, wenn er von Heerscharen regimetreuer Schmeichler als einer der größten Söhne des serbischen Volkes bezeichnet wird, der weise, mutig und aufopferungsvoll alles für das „Mütterchen Serbien“ gibt. Vučić sucht, ähnlich wie seine Gesinnungsfreunde, seinen Platz in den Geschichtsbüchern.

Wie lange werden sich die Menschen in Serbien dieses autoritäre Treiben gefallen lassen? Viele Bürger:innen wollen den Wahlbetrug und die Lügen des Regimes schlicht nicht mehr akzeptieren. Unmittelbar nach der Wahl kam es zu Massenprotesten vor dem Sitz der Wahlkommission in Belgrad. Das oppositionelle Bündnis „Serbien gegen die Gewalt“ ruft die Menschen auf die Straße, um die Demokratie zu verteidigen. Vertreter:innen des Bündnisses traten in den Hungerstreik. Es sind auffallend viele junge Menschen, die an den Protesten teilnehmen und denen die Wut auf das Regime ins Gesicht geschrieben steht. Doch das Regime ist auch diesmal schnell zur Stelle – man schlägt auf Demonstrierende ein, verhaftet Dutzende junge Menschen, verstärkt die mediale Hetze gegen Oppositionelle und die Menschen auf der Straße. Auch das brüderliche Russland souffliert aus Moskau und warnt davor, dass hier mit Unterstützung des Westens und der USA ein serbischer Euro-aidan vorbereitet wird. Auch wenn bei den letzten Protesten Mitte Januar die Masse der Protestierenden kleiner zu werden schien, verfestigt sich das Gefühl, dass das demokratische Serbien immer mehr die Angst vor seinem Autokraten verliert. Die Opposition hat sicherlich intern noch eine Reihe von Fragen zu klären, muss geschlossener, klarer in den eigenen Ab-

sichten, professioneller und beharrlicher in der Kritik des Regimes und der Mobilisierung der Menschen werden. Zudem hat die Wahl im Dezember gezeigt, dass das Regime von Aleksandar Vučić und seiner SNS auf dem institutionellen Weg wohl kaum zu knacken sein wird. Es braucht anderer Methoden und wohl einer starken Unterstützung aus dem demokratischen Westen. Will und kann der Westen aber einem anderen, demokratischen Serbien zum Durchbruch verhelfen?

Pragmatischer Kuschelkurs

Unter internationalen Balkan-Expert:innen gehört die Kritik der westlichen Politik gegenüber Serbien und Aleksandar Vučić seit geraumer Zeit zur Tagesordnung. Nicht erst seit der Ära von Bundeskanzlerin Angela Merkel, die auf einen pragmatischen Umgang und Kompromisse mit Vučić setzte und beim Aufbau seines kompetitiv autoritären Regimes zumindest ein Auge zudrückte, spricht man von einer „Politik der Stabilitokratie“. EU und USA folgen dabei der Logik, dass Serbien wichtig für die Stabilität des Westbalkans sei, man das Land für die Befriedung des Kosovo-Serbien-Konflikts brauche und es außerhalb des Putinschen Orbits halten müsse. Deswegen, so der politische Tenor, solle man vorsichtig mit Vučić umgehen und ihn gewähren lassen. Das führte in der Vergangenheit oft zu halsbrecherischen Verrenkungen wie jener, als EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen 2023 beim Besuch in Belgrad den „Freund Aleksandar“ sowie Serbien für große Fortschritte bei der Rechtsstaatlichkeit lobte.

Die Entwicklungen in Serbien der letzten Jahre und letztlich auch der schamlose Wahlbetrug von Vučić bei den jüngsten Wahlen zeigen indes deutlich, dass eine solche Politik des pragmatischen Kuschelns kontraproduktiv ist. Entsprechend scheint

sich nach dem Wahlbetrug der Wind nun auch im Westen zu drehen. Langsam bröckelt hier die stabilitokratische Front in Bezug auf Vučić. So ließ das Auswärtige Amt unmittelbar nach der Wahl auf der Plattform X (vormals Twitter) mit einer klaren Botschaft aufhorchen – „OSZE ODIHR berichtet über den Missbrauch der öffentlichen Ressourcen, Einschüchterung der Wähler und Fälle von Bezahlung für die Stimmen. Das ist für ein Land mit dem EU-Kandidatenstatus unakzeptabel.“ Vučić tobte und ließ die Boulevardmedien eine regelrechte Kampagne gegen Deutschland aber auch OSZE-Wahlbeobachter wie den österreichischen EU-Parlamentarier Andreas Schieder führen. Mitte Januar 2024 riefen das Europäische Parlament wie auch der Deutsche Bundestag die serbischen Behörden eindeutig und unmissverständlich auf, allen Vorwürfen der Wahlmanipulation und des Wahlmissbrauchs institutionell und in voller Kooperation mit internationalen Einrichtungen nachzugehen. Doch diese Aufrufe stoßen in Belgrad – weiterhin oder noch – auf taube Ohren. Das Regime geht sogar einen Schritt weiter und droht beispielsweise der rund um die Wahlen engagierten serbischen NGO CRTA unverblümt mit Gewalt.

Gleichzeitig aber ist sich Vučić der Kritik bezüglich der Wahlen sehr wohl bewusst und zieht alle Register, um die EU und den Westen zu besänftigen. So beschrieben EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen und der serbische Präsident ihr offizielles Treffen am Rande des Weltwirtschaftsforums in Davos im Januar, bei dem es um die EU-Integration und das große Unterstützungspaket der EU für die Länder des Westbalkans ging, als „exzellent“ und „sehr produktiv“ – nach der heftigen Schelte für Vučić aus EP und Bundestag zum selben Zeitpunkt muss das zumindest verwundern. Wohlgemerkt, dies alles macht Vučić, ohne seinen geo- und machtpolitischen sowie demokratiefeindlichen Kurs aufzuge-

ben – den Hals nach Russland und China strecken, gegen die Kritiker des Regimes zu Hause vorgehen und die Zügel der Macht weiter fest anzuziehen. Kaum war das Gespräch mit von der Leyen zu Ende, sandte Vučić in einem Interview denn auch die Botschaft an das heimische Publikum, Serbien werde die chinesischen Investitionen nicht aufgeben und in der EU nicht um Geld betteln. Da war er wieder, der Verwandlungskünstler Vučić.

Auch wenn Vučić nach den Wahlen auf den ersten Blick noch fester im Sattel sitzt und seine Beschwichtigungspolitik gegenüber dem Westen fortsetzt, ist es unübersehbar, dass die Fassade des Regimes langsam abbröckelt. Das erhöht die Nervosität der Regierenden. Vučić wird 2024 sicherlich noch ein Tick unverschämter und autoritärer werden und abwarten, ob Trump ins Weiße Haus einzieht und eine günstige globale autoritäre Konstellation seinem Treiben in Serbien das Sanctus erteilt. Dennoch: Der autoritäre Kaiser ist (halb)nackt, die Frage ist nur, wer es ihm sagt. Die Kritiker zu Hause und die oppositionelle Front werden in den kommenden Monaten und Jahren sicher stärker werden. Die direkte bis stillschweigende Unterstützung Vučićs von Seiten der EU und USA ist nach dem massiven Wahlbetrug, aber auch nach den gewalttätigen Ereignissen im kosovarischen Banjska im vergangenen September immer weniger tragbar. Serbische Bewaffnete hatten hier eine Straßensperre errichtet und einen kosovarischen Polizisten getötet; der kosovarische Innenminister sprach später von einem von Serbien aus gesteuerten Terrorakt. Zwar ist eine radikale Wende des Westens in Bezug auf Serbien kurzfristig eher nicht zu erwarten, doch der Ton ändert sich unübersehbar. Es ist höchste Zeit, dass sich der Westen im Umgang mit Vučić seiner Werte besinnt und ein demokratisches Serbien unterstützt. Das pragmatische Kuscheln mit dem Despoten muss endlich ein Ende haben.